10 Jahre Neue Seidenstraßen Initiative – der Weg in eine multipolare, friedliche Welt

Im September 2013 stellte der chinesische Präsident Xi Jinping das Programm der Neuen Seidenstraßen Initiative in Kasachstan vor. Wenige Wochen später, im Oktober 2013, in Indonesien die maritime Seidenstraße. Die Welt horchte auf. Einerseits nahmen westlichen Medien diese Initiative nicht ernst – China übernehme sich und wird scheitern – aber andererseits sahen Experten bereits einen zunehmenden Einfluss Chinas in Zentralasien, Südostasien und Afrika. Der Slogan "Neue Seidenstraße" wurde verstanden als eine Wiederbelebung alter chinesischer Handelsdominanz. Historiker traten auf und erklärten, was in den vergangenen Jahrhunderten wichtig für Europa und Asien war. Was aber der wirkliche Kern der Neuen Seidenstraße Initiative war und ist, erkannten nur wenige Fachleute.

1961 errang Tanganjika, das heutige Tansania, von der britischen Kolonialherrschaft die Unabhängigkeit. Seit 1964, vereint mit Sansibar, schlug die junge afrikanische Republik einen sozialistischen Weg ein und wurde von den früheren Kolonialmächten sanktioniert. Die reichen Kupfervorkommen konnten nicht mehr über die Eisenbahnverbindung über den südafrikanischen Hafen Durban exportiert werden. Tansania bat die wirtschaftlich starken Länder, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds um Hilfe für den Bau einer unabhängigen Bahnverbindung nach Dar es Salam. Nur die junge Volksrepublik China war bereit zu helfen und stellte nicht nur die finanziellen Mittel, sondern auch das Material, die Maschinen zur Verfügung. Das gesamte chinesische Volk stand für die Hilfe der sich befreiten afrikanischen Brüder ein. Diese Freundschaft half China wenige Jahre später beim Kampf um internationale Anerkennung, z.B. der Anerkennung als Mitglied in der UNO und dem Sicherheitsrat.

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas nach Einführung der offenen Wirtschaftspolitik der Volksrepublik entwickelte sich die freundschaftliche, gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, aber auch mit Zentralasien kontinuierlich. Schon bis Anfang der Zweitausender Jahre investierte China in viele Projekte in Afrika in einen Umfang von mehr als 25 Mrd. USD. Nach 1990 intensivierte China die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Ländern, um mit diesen neuen unabhängigen Staaten freundschaftliche Beziehungen aufzubauen, dieser in ihrer Entwicklung zu unterstützen und den bilateralen Handel auszubauen. Dabei wurden die großen Kapazitäten der chinesischen Bauund Stahlindustrie, sowie die aufgebauten Handelsüberschüsse, die Währungsreserven für Kredite, genutzt. Die Go Out Politik wurde geboren und von der chinesischen KP und Regierung gefördert.

Ich konnte direkt daran teilhaben. Als der neue Eisenbahngrenzübergang AlaShankou/Druschba zwischen China und Kasachstan eröffnet wurde, organisierte ich gemeinsam mit den chinesischen Beamten der Xinjiang Provinz über das neue Terminal die Abwicklung der ersten Container von China nach Europa.

Die USA, die EU und auch Japan glaubten nach 1990, dass der neoliberale Kapitalismus, mit den von den multinationalen Konzernen und den freien Marktkräften, die Entwicklung der Infrastruktur entsprechend der Erfordernisse für die Konzerne und damit auch der Völker vorantreiben könne. Staatliche Steuerungen wurden abgelehnt und die chinesische, staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik wurde daher verurteilt.

China dagegen verlies sich nicht auf die freien Marktkräfte, sondern stellte der staatlichen Wirtschaftspolitik entsprechend Kredite für den Ausbau der zentralasiatischen Infrastruktur, den Aufbau neuer Fabriken an den Transportverbindungen zur Verfügung und förderte damit die Industrialisierung, den lokalen Wohlstand, sowie den internationalen Handel. Diese Entwicklung blieb den USA, die geostrategische Interessen in Afghanistan und Zentralasien verfolgten, nicht verborgen.

1999 behandelte der US-amerikanische Senat den sogenannten "New Silk Road Act" die amerikanischen Interessen in Zentralasien und dem Kaukasus sichern sollte. 2011 verkündete die US- Vizepräsidentin Hillary Clinton während einer Rede in Chennai, Indien, die US-amerikanische New Silk Road Vision des 21. Jahrhunderts. Diese sah vor von Afghanistan ausgehend den Einfluss der USA auf der Region auszuweiten. Begründet mit der Absicht Stabilität und Demokratie in diesen Ländern zu ermöglichen. Interessant ist allerdings, dass diese Vision vom General David Petraeus vom US Zentralkommando erarbeitet wurde und die vorgesehen Mittel nach seinem Rücktritt 2012 zurückgezogen wurden. Der militärische Aspekt war offensichtlich. Ebenfalls 2011 verkündete der USA Präsident Obama die USA Wende nach Asien. Auch bei dieser Wende der amerikanischen Politik vom Atlantik zum Pazifik ging es einerseits um Handel aber anderseits vor allem um die US-amerikanische militärische Präsenz. Damit sollte China landseitig durch die New Silk Road Vision und seeseitig durch die Präsenz der US-Navy militärisch und politisch eingegrenzt werden.

Erst 2013, zwei Jahre nach Verkündung der amerikanischen Asienpolitik wurde die Neue Seidenstraßen Initiative vorgestellt, später auch als Belt and Road Initiative (BRI) genannt, die aber keinerlei militärische Aspekte beinhaltet, sondern Langfristige Investitionen in Infrastruktur und die Energiewirtschaft zur Industrialisierung der Länder mit dem Ziel der Erhöhung des Wohlstandes. Das alles, ohne politische oder wirtschaftliche Bedingungen zu stellen, aber die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Partnerländer zu garantieren. Der globale Wohlstand soll durch Konnektivität, der Vernetzung der weltweiten Märkte erhöht werden, die Armut überwunden werden. Sie schliesst alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens weltweit ein, die neuen Technologien der Digitalwirtschaft, des Energiewandels hin zu erneuerbaren Energien, des Gesundheitswesen und nicht zuletzt den kulturellen Austausch.

Auf dem eurasischen Kontinent werden 6 Wirtschaftsgürtel in Angriff genommen: China – Mongolei, – Russland, – Zentralasien bis in den Iran und die Türkei, – Pakistan, – Bangladesch/Myanmar, – Südostasien bis Singapore. In diesen Wirtschaftskorridoren wird in Eisenbahnlinien, Strassen, Energieversorgungslinien, Pipelines mit Krediten der chinesischen Banken investiert an denen Industriebetriebe, Sonderwirtschaftszonen, Handelsplattformen angesiedelt werden. Gemeinsam mit den beteiligten Menschen der Partnerländer wird der kulturelle Austausch gefördert.

Gleichzeitig stellen die neuen Transportverbindungen durch Zentralasien von China nach Europa als auch die nach Südostasien mit der Anbindung in Häfen in Malaysia, Myanmar oder Pakistan auch Alternativen zum Seetransport durch die Straße von Malakka dar.

In Afrika wurden in den vergangenen Jahrhunderten durch die Kolonialmächte nur Transportverbindungen zu den Überseehäfen zur Ausplünderung der Bodenschätze gebaut, so dass sich kein innerafrikanischer Handel entwickeln konnte und sich nicht entwickeln sollte. Die Kredite für innerafrikanische Infrastruktur ermöglichen die Konnektivität zwischen den afrikanischen Ländern, den innerafrikanischen Handel, die gegenseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit und damit die zunehmende politische Unabhängigkeit. Die Länder können sich aus der noch bestehenden Vorherrschaft der ehemaligen Kolonialländer befreien. In den Jahren zwischen 2013 und 2023 konnten 10.000 km Schienen der Normalspur, 100.000 km Straßen, 100 neue oder modernisierte Häfen und eine Vielzahl von Schulen und Krankenhäuser in Betrieb genommen werden. Die Länder der Afrikanischen Union konnten ein innerafrikanisches Freihandelsabkommen vereinbaren, womit sie sich gegenseitig in ihrem Aufbau unterstützen. Für 98 % aller afrikanischen Exporte wurden die Importzölle nach China aufgehoben.

In Südostasien wurden die Eisenbahnen von China nach Laos eröffnet. An der Strecke entwickelt sich die lokale Industrie. In Malaysia wird mit Hochdruck an der transmalaysischen Bahn mit Anschluss an Singapore gebaut. Der Bau der pakistanischen Bahn, als ein Kernprojekt des China Pakistan Economic Corridor, befindet sich in Progress und der Gwadar einschliesslich der Sonderwirtschaftszone steht vor

der Fertigstellung. In Myanmar wird der Hafen Kyaukpyu mit der Anbindung an die Bahnstrecke nach China errichtet.

Mit dem globalen, multilateralen Handel können die afrikanischen und asiatischen Länder, aber auch China den Handel sowie die Lieferung und den Import Rohstoffen diversifizieren. Für alle Seiten, China und die Partnerländer der Neuen Seidenstraße ergeben sich Gewinne – eine echte Win-Win Situation.

Schon vor der offiziellen Inauguration der neuen Seidenstraßen Initiative gründeten im Jahren 2001 die zentralasiatischen «Stan-Länder» gemeinsam mit China in Anbetracht der sich ausweitenden islamistischen Gruppierungen die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOC) für eine gemeinsamen Sicherheitspolitik. Mit der sich etablierenden Neuen Seidenstraßen Initiative übernahm diese Organisation mehr und mehr ökonomische Aufgaben und hat sich bis heute zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Organisation entwickelt. Die unter politischen Spannungen stehenden Länder Indien und Pakistan traten dieser Organisation bei, um gemeinsam mit den Mitgliedern der BRI zu kooperieren. Andere asiatische Länder, wie der Iran, stellten Anträge als Mitglieder aufgenommen zu werden.

Global haben sich die aufsteigenden Länder Brasilien, Indien, China, Südafrika und später auch Russland in der Organisation BRICS zusammengefunden, um sich gegenseitig gegen die Vorherrschaft der vorherigen Kolonialmächte zu unterstützen. Die BRICS kann auf eine fast zwanzigjährige Geschichte zurückschauen, in der sich die Länder zu einem attraktiven wirtschaftlichen Block für weitere Mitgliedskandidaten organisierten. Algerien, Iran, Saudi-Arabien, Indonesien stellten entsprechende Anträge. Die SOC als auch die BRICS sind wichtige Organisationen, die die Neue Seidenstraße unterstützen, die Prinzipen durchsetzen und zum Erfolg beitragen.

Die von den USA dominierten globalen Finanzinstitutionen, die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds, agieren im Interesse der amerikanischen Finanzinstitutionen. Die USA-Regierung nutzen die Währung USD als politische Waffe gegen Länder, die sich nicht mehr der Vormacht der USA unterwerfen wollen. Mittels des USD werden Sanktionen weltweit durchgesetzt. Darauf reagieren die Länder der BRICS, der SOC sowie weitere Länder der BRI und stellen ihren Handel auf lokale Währungen, im Handel mit China auf den chinesischen Yuan um. Selbst bislang enge Verbündete der USA, wie Saudi-Arabien folgen der Umstellung auf die chinesische Währung für ihren Öl-Handel mit China.

Gemeinsam mit anderen Ländern der BRICS gründete China die «Neue Entwicklungsbank» (NDB), und mit weiteren Ländern, einschliesslich Deutschland, die Asien Infrastruktur Investment Bank (AIIB). Diese Banken vergeben Kredite gemäß den Prinzipien der Initiative, d.h. ohne politische und wirtschaftliche Bedingungen, ohne sich die die inneren Angelegenheiten der Nehmerländer einzumischen.

Im April dieses Jahres lehnte zum Beispiel Tunesien einen Kredit von der Weltbank mit der Begründung ab, nicht bereit zu sein die Forderung der Weltbank für den Abbau von Sozialleistungen und Privatisierungen zu erfüllen. Tunesien wird mit den Staaten der BRICS zusammenarbeiten, die keine Forderungen im Interesse der internationalen Finanzgesellschaften stellen.

Heute sind mehr als 140 der 190 UNO-Mitgliedsländer Partner der Neuen Seidenstraßen Initiative und für die weltweit meisten Länder ist China der wichtigste Handelspartner.

Das ist nach meiner Beobachtung der wirkliche Kern der Neuen Seidenstraßen Initiative: den Ländern des globalen Südes zu helfen sich zu entwickeln, die Armut zu überwinden und Wohlstand zu erwirtschaften bei gleichzeitigem multilateralem Handel.

Damit fordert China die USA und die G7 Länder heraus. Nach dem Niedergang der europäischen sozialistischen Länder fühlten sich die neoliberalen Länder des Westens als die Sieger der Weltgeschichte. Sie verbreiteten ihre Politik und ihre militärische Vorherrschaft uneingeschränkt. Der damalige US Verteidigungsminister Dick Cheney ließ die sogenannte «Non-Rivale-Doktrin» ausarbeiten. Das erste Ziel

der USA sei es, das Wiederauftauchen eines neuen Rivalen zu verhindern, sei es auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, der eine Bedrohung in der Größenordnung der ehemaligen Sowjetunion darstellt. Zu verhindern, dass eine feindliche Macht eine Region beherrscht, deren Ressourcen unter konsolidierter Kontrolle ausreichen würden, um die amerikanische Macht herauszufordern.

China mit der erfolgreichen Neuen Seidenstraßen Initiative stellt heute eine solche Herausforderung dar.

Nach mehreren Jahren erfolgreicher Entwicklung der BRI realisierten die ehemaligen Kolonialländer in Europa und die USA, dass die BRI ein Erfolg Chinas ist, dass die Länder des Globalen Südens enger mit China und untereinander zusammen gehen und sich mehr und mehr von den bisher dominierenden Staaten abwenden. Die Europäische Union initiierte daher ein Gegenprogram, die Global Gateway Initiative und die USA die "Build-Back-Better-World Initiative". Während des G7-Gipfels im Juni 2022 bündelte der amerikanische Präsident beide Aktivitäten zur "Globalen Partnerschaft für Infrastruktur und Investment". Es sollen 600 Mrd. USD, vor allem von den USA und EU-Privatwirtschaft, bereitgestellt werden, die in klimaneutraler Infrastruktur und die Digitalwirtschaft investiert werden sollen und das gemäß westlichen Werten, so auch "gendergerecht". Der Globalen Süden erkannte, dass diese Initiative nicht für diese Länder ist, sondern nur gegen China.

Die gegenwärtigen globalen Probleme, den Klimawandel, die Umstellung auf erneuerbare Energien, den weltweiten Hunger, die Pandemien, die militärischen Konflikte sowie die Flüchtlingsbewegungen zu lösen, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen und keine Initiativen gegen, sondern nur füreinander. Auch Europa kann dem Klimawandel oder den Flüchtlingsströmen aus Afrika nur begegnen, wenn sich der afrikanische Kontinent wirtschaftlich und gesellschaftlich emanzipiert, wenn mittels Infrastruktur, Industrie und einer produktiven Landwirtschaft die Armut überwunden wird. Die Neue Seidenstraßen Initiative hat den Weg aufgezeigt, wie die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigt werden können. Sie dient der Menschheit als ein Wegweiser in eine friedliche Zukunft.